

II- 622 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des NationalratesXIII. GesetzgebungsperiodeDER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

Wien, am 17. März 1972

Zl. 11.637-Präs.G/72

Anfrage Nr. 172/J der Abgeordneten  
Neumann, Burger und Genossen;  
betr. Bergbauförderung und Energie-  
plan.230 /A.B.  
zu 172 /J.  
21. März 1972  
Präs. zst.

An den

Herrn Präsidenten des Nationalrates  
Anton BenyaW i e n

In Beantwortung der schriftlichen Anfrage Nr. 172/J, die die Abgeordneten Neumann, Burger und Genossen am 21. Jänner 1972 an mich richteten, beehre ich mich, folgendes mitzuteilen:

Zu Frage 1: Die Bundesregierung nimmt von Haus aus keine ablehnende Haltung gegenüber einer sachlich gerechtfertigten Erhöhung der Bergbauförderungsmittel ein. Es darf darauf verwiesen werden, daß die im Budget 1971 vorgesehenen Mittel von 58,2 Millionen Schilling nach dem katastrophalen Wasser und Schwimmsandeinbruch beim Kohlenbergbau Trimmelkam der Salzach-Kohlen-Bergbau Ges.m.b.H. mittels eines Budgetüberschreitungsgesetzes um 10 Millionen Schilling erhöht wurden. Wenn es die Lage erfordert, werde ich auch heuer eine nachträgliche Erhöhung der Fördermittel beantragen.

Zu Frage 2 und 3: Das Vorgehen erfolgte einvernehmlich.

Zu Frage 4: Die Oberste Bergbehörde im Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie steht mit den betroffenen Unternehmen laufend in engem Kontakt. Außerdem werden von der Obersten Bergbehörde

DER BUNDESMINISTER  
FÜR HANDEL, GEWERBE UND INDUSTRIE

- 2 -

in Zusammenarbeit mit den Unternehmen Untersuchungen über Möglichkeiten für eine strukturelle Verbesserung des österreichischen Kohlenbergbaus angestellt. Meine Schritte bezüglich Erhöhung und wirkungsvollere Gestaltung der Bergbauförderung werden von den wirtschaftlichen Gegebenheiten als auch dem Ergebnis der angestellten Untersuchungen abhängen.

Zu Frage 5 und 6: An einem neuen, den derzeitigen Verhältnissen entsprechenden Energiekonzept wird bereits seit längerer Zeit gearbeitet. Als Grundlage hierfür hat das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung bereits die 1969 erstellte Energie-Bedarfsprognose überarbeitet. Ich darf Sie darauf hinweisen, daß jener Teil der neuen Bedarfsprognose, der sich auf die Braunkohle bezieht, in den Monatsberichten des Institutes für Wirtschaftsforschung veröffentlicht wurde.

Sobald die Arbeiten im interministeriellen Beamtenkomitee so weit fortgeschritten sind, daß ein umfassender Entwurf vorliegt, soll dieser nach Erörterung mit den Sozialpartnern dem Parlament vorgelegt werden.

